

Die Bedeutung wirtschaftlicher Zusammenarbeit für den Frieden

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **67 (1973)**

Heft 9

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-142228>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Die UNO-Generalversammlung hat das Recht, zu fragen, was der Ausschuß für Abrüstung leistet, sowohl für die Verminderung von Waffen wie der Gefahren, die sie darstellen. Die schwedische Regierung fordert die UNO-Generalversammlung dringlich auf, in einer Welt-Abrüstungskonferenz, oder mindestens an der Konferenz einer UNO-Abrüstungskommission ein umfassendes Programm für wirksame Arbeit in allen wichtigen Abrüstungsfragen in Angriff zu nehmen. Red.

Die Bedeutung wirtschaftlicher Zusammenarbeit für den Frieden

Ein Rapport Mr. Stanovniks, Generalsekretär des Europäischen Wirtschaftsrates (ECE) vor dem Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UN, enthält Hinweise in der Richtung einer Neu-Orientierung der Wirtschaft, die wir nicht übersehen dürfen*.

Mr. Stanovnik stellt fest, daß heute, das wirtschaftliche Wachstum betreffend, von kompetenter Seite vieles in Frage gestellt wird. Was ist das optimale Verhältnis zwischen staatlicher und privater Produktion? Ganz konkret: ist es richtig, daß private Produzenten allen Gewinn einsacken und der Gesellschaft die Kosten überbürden. Besonders die jüngere Generation möchte wissen, ob die zunehmende Umweltverschmutzung, die mit dem Vorantreiben der Produktion verbunden ist, ihr zum Groß-Reinemachen überlassen werden soll.

Man kommt immer wieder auf die eine Tatsache zurück, daß man sich in Europa seit etwa zwanzig Jahren einzig und allein auf erhöhte Produktion konzentriert. Heute stellt sich aber das Problem des Ausgleichs, der Aufteilung (Distribution) der Produktion innerhalb der Wirtschaft, der Aufteilung innerhalb der Region und, schließlich, innerhalb der Welt. Wirtschaftliche Probleme lassen sich nicht mehr isoliert betrachten, sondern nur im Zusammenhang mit ihren sozialen Aspekten. Dies wird besonders deutlich, wenn wir uns mit den Zukunftserwartungen der europäischen Wirtschaft befassen. Eine Prüfung ihrer Perspektiven zwingt uns, nach Stanovnik, folgende Fragen zu stellen: Wie wirkt sich die Umweltverschmutzung auf die Entwicklung (das Wachstum) einer gewissen Region aus? Wie macht sich der Mangel an Ressourcen, Energie zum Beispiel, fühlbar? Und schließlich: Wie behelfen wir uns angesichts des Mangels an Arbeitskräften?

Jede dieser Fragen hat ihr Gewicht. Für eine Region ist es die Umweltverwüstung, die besonders gravierend ist, man denke daran, daß der Rhein heute nicht viel besser als eine Kloake ist; für andere

* Siehe auch «Neue Wege», Juni 1973, S. 189.

Länder sind es die mangelnden Ressourcen, die Bedenken erregen. Energie zum Beispiel wird 1980 zu 60 Prozent nach Europa eingeführt werden müssen — Mangel an Arbeitskräften bilden ein weiteres Problem für einige Regionen — Gastarbeiter machen zum Beispiel in der Schweiz heute einen Drittel unserer arbeitenden Bevölkerung aus.

Schon 1969 wurde, angesichts dieses Notstandes, eine Prioritätenliste für die europäische Wirtschaft aufgestellt. Der inner-europäische Handel wurde mächtig gefördert, durch Vereinfachung, vermehrte Standardisierung der Produktion und industrielle Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit erstreckt sich heute auf Länder verschiedener Sozial- und Wirtschaftssysteme, was angesichts des potentiellen Reichtums verschiedener, verhältnismäßig unerschlossener Gebiete (Comecon) von besonderer Bedeutung für die Zukunft ist.

In Sachen Umweltschutz erfolgt auf Regierungsebene ein lebhafter Austausch von Erfahrungen, besonders was industrielle Technologien betrifft, die wenig oder keine Abfälle erzeugen. Ebenso wird die Verwendung des gegenwärtig erzeugten industriellen Abfalls geprüft.

Alles in allem ist aber Europa, solange es nicht geeint ist, noch weit entfernt von der Vision Gunnar Myrdals, die er 1958, bei seinem Rücktritt vom Präsidium des Europäischen Wirtschaftsrates (ECE) zum Ausdruck brachte: «Wir sollten uns auf all-europäischer Grundlage mit den USA zusammentun und in einer mächtigen genossenschaftlichen Anstrengung den unterentwickelten Völkern in- und außerhalb Europa zu einem gesunden Wachstum verhelfen, im Interesse einer höheren Lebenshaltung für Alle.»

Der Generalsekretär der UNO, Waldheim, erklärte kürzlich an der Konferenz, die den Europa-Kongreß für Sicherheit und Zusammenarbeit vorbereitet:

«Ein Europa, das weitschauend auf die Nöte und Bestrebungen der ärmeren Völker hört und seiner internationalen Verantwortung gewahr ist, stellt ein lebenswichtiges Element für den Weltfrieden dar. Es freute mich darum ganz besonders, daß die kommende Konferenz die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigen wird.»

Die heutige Beziehung zwischen den Völkern ist eben nicht mehr bloß eine Abhängigkeit von Rohmaterialien einerseits, und dem Vorhandensein von Märkten andererseits. Die Einheit der Welt beruht nicht allein auf gegenseitigen Handelsinteressen. Sie gründet vielmehr auf der Notwendigkeit sozialer und wirtschaftlicher Verbesserungen im Weltmaßstab, denn es wird mit jedem Tag klarer, daß Armut in einem Land das Gedeihen Aller bedroht. (Red.)